

# Angst vor den anderen?

*Was ist dran an der Befürchtung, dass MigrantInnen aus der EU für die gestiegene Arbeitslosigkeit verantwortlich sind?*

Harald Kolerus

Freier Journalist

Amela Muratovic

ÖGB-Kommunikation

**D**ie Anfang 2015 veröffentlichten Zahlen des AMS versprechen keinen guten Start ins neue Jahr: Ende Dezember 2014 waren 393.674 Personen ohne Beschäftigung – insgesamt lag die Arbeitslosigkeit somit um 32.395 bzw. neun Prozent über dem Vorjahresniveau. Welche Ursachen sind für diese dramatische Verschlechterung verantwortlich? Eine populäre, weil einfache Erklärung, die vor allem von Boulevardmedien gerne gefunden wird, lautet: Die EU ist schuld! Genauer gesagt: Arbeitskräfte aus osteuropäischen Staaten, die den heimischen Arbeitsmarkt „überfluten“. Ein Beispiel dafür zeigt eine Karikatur in der „Kronen Zeitung“ vom 11. Jänner 2015. Anlässlich der 20-jährigen Mitgliedschaft Österreichs in der EU zeigt sie verahrloste Gestalten, die in einem Müllberg herumstochern. Im Vordergrund ist das Logo des AMS zu sehen, im Hintergrund die zerzausten Flaggen Österreichs und der EU. Ganz offensichtlich ist „Zuwanderung“ also nach wie vor ein Thema, mit dem zu „spielen“ sich für Boulevardmedien lohnt.

## Vorsichtige Schritte

Dabei hat die heimische Politik vieles darangesetzt, dass die Öffnung des Arbeitsmarktes in Richtung EU in „homöopathischen Dosen“ erfolgt. Von Österreich wurden gemeinsam mit Deutschland

Übergangsbestimmungen für jene acht Länder (EU-8) ausverhandelt, die 2004 der EU beigetreten sind. Auf sieben Jahre angesetzt, sind diese Bestimmungen am 1. Mai 2011 ausgelaufen. Seither dürfen Personen aus den EU-8 (Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland und Litauen) in Österreich und Deutschland ohne Einschränkungen arbeiten. Mit 1. Jänner 2014 trat dann die nächste „Öffnungsrunde“ in Kraft, seit mittlerweile einem Jahr haben auch ArbeitnehmerInnen aus Rumänien und Bulgarien das Recht auf uneingeschränkten Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt. „In den Jahren vor der Öffnung des Arbeitsmarktes haben wir unsere Gesetze erfolgreich fit gemacht. Wir haben ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, Das schützt die neu Zugewanderten und diejenigen ArbeitnehmerInnen, die schon hier sind, vor Billigkonkurrenz. Alle müssen nach österreichischen Kollektivverträgen bezahlt werden, Unterentlohnung ist Straftatbestand. Entsprechend gut hat es der Arbeitsmarkt verkraftet, als er 2011 für die Menschen aus acht Ländern und vor einem Jahr für Rumänen und Bulgaren geöffnet wurde“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

Von anderen EU-Staaten wurde diese schrittweise Öffnung oftmals als zu zögerlich kritisiert. Migrationsforscherin Gudrun Biffel von der Donau-Universität Krems widerspricht: „Ich habe die Übergangsbestimmungen immer unterstützt. Sie wurden durch die geografische Nähe Österreichs zu EU-Staaten mit deutlich geringerem Lohnniveau notwendig. Außerdem war der heimische Arbeitsmarkt auch während

## BUCHTIPP

Elias Bierdel,  
Maximilian Lakitsch:

**Flucht und Migration**

Von Grenzen, Ängsten  
und Zukunftschancen

LIT Verlag, 2014,

198 Seiten, € 10,10

ISBN: 978-3-643-50579-8



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

dieser Zeit nicht hermetisch abgeschlossen. Personen mit entsprechender Qualifikation haben sehr wohl Arbeitsgenehmigungen bekommen, so erfolgte eine behutsame Öffnung ohne Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt.“ Auch maßgebliche internationale wie heimische Organisationen sehen den „österreichischen Weg“ als den richtigen an: „Die stufenweise Öffnung hat sich bewährt – zusätzlicher Druck wurde durch eine bedarfsgerechte Steuerung der Zulassung von EU-8-BürgerInnen, etwa durch die Fachkräfteverordnung für Mangelberufe, abgefangen“, ist auf [www.arbeitsmarktoeffnung.at](http://www.arbeitsmarktoeffnung.at) zu lesen, einem Gemeinschaftsprojekt von Europäischer Kommission, Europäischem Parlament, BMASK, AK und ÖGB.

Grundsätzlich ist es so, dass deutlich mehr MigrantInnen aus der EU in die Alpenrepublik gekommen sind, als im Vorfeld von den ExpertInnen erwartet wurde. So ist die Zahl der EU-AusländerInnen, die in Österreich arbeiten, seit



**Seit 2014 haben auch ArbeitnehmerInnen aus Rumänien und Bulgarien uneingeschränkten Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt.**

2010 um 136.000 Personen auf heute 336.000 angestiegen. Herbert Buchinger, Vorstand des AMS, zieht Bilanz: „Das ist schon eine beachtliche Zahl. Das BIP-Wachstum in Österreich hätte deutlich höher ausfallen müssen, um diesen Zustrom am Arbeitsmarkt gut abzufangen. Außerdem ist das heimische Arbeitskräftepotenzial nicht zurückgegangen – im Gegensatz zu Deutschland, wo das seit drei Jahren der Fall ist. In Deutschland war der Zuzug sogar notwendig, um einen funktionierenden Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten.“

## Öffnung

In Österreich ist vor allem die Migration aus Rumänien und Bulgarien stark ausgefallen. Seit der Öffnung im Jänner des Vorjahres sind knapp 14.000 Personen zusätzlich aus diesen Ländern in den heimischen Arbeitsmarkt geströmt, während aus den EU-8 der Zuzug verflachte. Buchinger rechnet damit, dass bis 2018 insgesamt weitere 25 bis 30.000 Menschen aus den zehn EU-Ost-Staaten ihren Weg nach Österreich finden werden.

„Kurzfristig führt das zu einer schmerzhaften Belastung des Arbeitsmarktes, langfristig hat das aber positive Effekte, weil weniger qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten mit höher qualifizierten Personen aus der EU ausgetauscht werden. Positiv, weil die besser qualifizierten für eine höhere Wertschöpfung sorgen“ (besserer Verdienst, höheres Steueraufkommen, Anm.). Buchinger weiß, dass dieser Prozess Menschen, die jetzt verzweifelt auf Jobsuche sind, schwer zu vermitteln ist.

Vor allem bis zum Jahr 2019, weil bis dahin laut AMS-Berechnungen das heimische Arbeitskräftepotenzial noch wachsen wird: „Ab 2020 wird das inländische Erwerbspotenzial zurückgehen, dann brauchen wir Fachkräfte, die der heimische Arbeitsmarkt einfach nicht bietet“, so der Experte.

Gleichlautend äußert sich Margit Kreuzhuber, Beauftragte für Migration und Integration der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit in der WKO: „Zur Deckung des Fachkräftebedarfs haben Maßnahmen, die am inländischen Arbeitskräftepotenzial ansetzen, klar Vorrang. Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus, um die Nachfrage nach Arbeitskräften abzudecken. Ein Grund dafür sind regionale Disparitäten, dazu kommt auch die wenig ausgeprägte innerösterreichische Mobilität. Das führt einerseits dazu, dass zum Beispiel offene Stellen in Westösterreich nicht besetzt werden und andererseits in Ostösterreich in den entsprechenden Berufen eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht.“ Häufig stimmen laut Kreuzhuber auch die am Arbeitsmarkt angebotenen Qualifikationen nicht mit der Nachfrage der Betriebe zusammen: „Auch hier gilt es zunächst, durch im Inland ansetzende Maßnahmen gegenzusteuern. Zusätzlich bedarf es aber jedenfalls auch der Zuwanderung sowohl aus anderen EU-Mitgliedstaaten als auch in weiterer Folge aus Drittstaaten“, so die Expertin.

Hohe Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, ein Mangel an passenden Arbeitskräften auf der anderen – das klingt paradox, ist in Österreich in vielen Sparten

allerdings Realität. „Der Gesundheitsbereich könnte ohne die tatkräftige Unterstützung von ausländischen Arbeitskräften kaum aufrechterhalten werden, ähnliches gilt für den Tourismus. Auch im MINT-Bereich – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik – herrscht sowohl im mittleren als auch im hochqualifizierten Segment eine starke Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften“, erläutert Kreuzhuber.

## Projekt IGR – Zukunft ImGrenzRaum

Der ÖGB Burgenland und der Landesverband der ungarischen Gewerkschaften MSZOSZ erleichterten hier durch kostenlose Beratung sowohl UngarInnen in Österreich als auch ÖsterreicherInnen in Ungarn den Einstieg ins Arbeitsleben. Das Projekt war auf sieben Jahre angesetzt und ist Ende 2014 ausgelaufen. In diesem Zeitraum fanden rund 70.000 Informationsgespräche zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen statt. Bei IGR hofft man auf eine Fortsetzung der Tätigkeit in neuer Form – ausverhandelt ist das noch nicht.

Internet:

Weitere Infos finden Sie unter:  
[www.arbeitsmarktoeffnung.at](http://www.arbeitsmarktoeffnung.at)  
[www.igr.at](http://www.igr.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die AutorInnen  
[harald.kolerus@gmx.at](mailto:harald.kolerus@gmx.at)  
[amela.muratovic@oegb.at](mailto:amela.muratovic@oegb.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)